

Thema

## Meine Stadt, meine S-Bahn, mein Zuschuss

### Bei der Finanzierung des geplanten Tunnels geht es nicht nur um die Millionen, die dem Bund fehlen, sondern auch um juristisch heikle Fragen

Von *Kassian Strohund Marco Völklein*

und Marco Völklein

Irgendwann musste ja einer auf die Idee kommen. Was in Stuttgart schon geholfen hatte, den Bahnhofskonflikt zu befrieden, was bei Tarifverhandlungen immer wieder hilft - das soll nun den Konflikt über Münchens zweiten S-Bahn-Tunnel beilegen: Ein Schlichter muss her, ein Heiner Geißler für München. Peter Gauweiler, so befand Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), soll vermitteln. Er soll offene Fragen klären, soll dem Bund, der Bahn, vielleicht auch den Landkreisen im MVV-Raum mehr Geld aus den Rippen leihen. So stellt es sich Ude vor.

Die Ablehnung des Vorschlags kam prompt: Nötig sei zusätzliches Geld, 'und das verschafft uns auch nicht der Mediator', erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). So richtig hingehört hatte Seehofer da aber wohl nicht. Denn erstmals hatte Ude seine Bereitschaft erklärt, die Stadtkasse doch aufzumachen, um einen Beitrag zu leisten zu dem 2,2-Milliarden-Euro-Projekt - wenn, ja wenn es denn dem Vermittler Gauweiler gelänge, die noch offenen Fragen zu klären. Vor allem mit dem Bund.

Denn an dem scheitert bislang das gesamte Projekt. 900 Millionen Euro Zuschuss will der Freistaat aus Berlin. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat in seinen Etat aber nur 200 Millionen Euro eingestellt. Die restlichen 700 Millionen Euro sollen Freistaat und Stadt jeweils zur Hälfte als 'Vorfinanzierung' leisten. So hatten es sich Seehofer, Ramsauer und Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) ausgedacht. Dass die Stadt also 350 Millionen Euro vorstrecken soll, nennt Ude nach wie vor 'eine Provokation'. Und gibt sich dennoch kompromissbereit: Sollte Ramsauer einen ordentlichen Batzen drauflegen, sollte die Bahn über ihre bisher zugesagte Beteiligung von 133 Millionen Euro hinausgehen, sollten auch die Landkreise eingebunden werden, sollten sich also 'alle anderen bewegen, bleibt der kommunalen Ebene nichts anderes übrig, als sich auch zu bewegen', erklärte Ude am Dienstag.

Damit sich allerdings alle einen Ruck werden geben können, muss der Vermittler ran, findet Ude. Denn vom Bund habe er bislang noch überhaupt nichts gehört. 'Bis zum heutigen Tag gibt es noch kein einziges Schreiben und kein Gespräch, in dem der Bund um einen städtischen Finanzierungsanteil nachgesucht hätte', sagt der OB. Statt hinter den Kulissen die Fragen zu klären, gebe es 'nur öffentliche Verlautbarungen'. Etwa diese vom vergangenen Wochenende: Da hatte Ramsauer bei der CSU-Klausur in Andechs erklärt, sollte die Stadt sich weiter einer Vorfinanzierung verweigern, werde der Stammstreckentunnel nicht kommen. Und er setzte hinzu: 'Punkt. Aus.'

Vor sieben Wochen klang das noch ein bisschen anders. Da wollte der Grünen-Abgeordnete Toni Hofreiter, ein Münchner und zugleich Spezialist für Verkehrspolitik, von Ramsauer wissen, ob sich der Bund vorstellen könne, für den Tunnel ein Darlehen bei Stadt oder Freistaat aufzunehmen. Ramsauers Staatssekretär antwortete lapidar: 'Nein.' Ein Widerspruch? Mitnichten, lässt das Ministerium nun wissen. Die ursprüngliche Antwort heiße nicht, dass man von München kein Geld wolle. Nur sei ein projektbezogenes Darlehen, wie es Hofreiter nannte, 'aus haushaltsrechtlichen Gründen' nicht möglich. Aktuell schwebt dem Bund etwas anderes vor: 'eine direkte Finanzierung des Projektes' durch Stadt und Freistaat. Und dieses Geld könnte der Bund eventuell zurückzahlen.

Ob das juristisch geht, zu welchen Konditionen und nach welcher Zeitspanne der Bund die Mittel wieder zurückerstatten wird - all das soll Gauweiler nach Udes Wünschen bis zur parlamentarischen Sommerpause in einem 'fair moderierten Klärungsprozess' aufarbeiten. Und nicht nur das: Neben den Finanzfragen soll der CSU-Mann auch klären, ob die vorgeschlagenen Alternativen etwas taugen. Ob etwa der Ausbau der S4, die Express-S-Bahn zum Airport oder die U5-Verlängerung nach Pasing das 'Nadelöhr'-Problem der S-Bahn lösen. 'Ich meine: Nein', sagt Ude. Und sieht in der Moderation auch eine Chance zur Lösung des Konflikts: 'Bislang haben die Tunnelgegner nirgendwo beweisen müssen, dass sie eine Lösung haben.' Das alles erinnert stark an die 'Sach- und Fachschlichtung' Geißlers in Stuttgart.

Verkehrsminister Zeil begrüßte Udes Vorschlag; er hatte zuletzt einen runden Tisch gefordert. Auch die Rathaus-Grünen finden Udes Idee gut. CSU-Fraktionschef Josef Schmid begrüßte zwar, dass 'Ude seine Blockadehaltung aufgibt', lehnte den Schlichtungsvorschlag aber ab. Seehofers Angebot zu einem Vier-Augen-Gespräch stehe. 'Das kann Ude jederzeit nutzen.' Und viele der vom OB angeführten Fragen seien längst von Beamten auf Fachebene geklärt worden.

Tatsächlich allerdings gibt es bei den juristischen Feinheiten der Finanzierung sehr wohl noch Klärungsbedarf, etwa für den Fall, dass die Landkreise umschwenken. Bislang lehnen sie eine Beteiligung ab - unter anderem auch, weil sie juristische Probleme sehen. Denn rechtlich gesehen ist der Bau von S-Bahn-Schienen alleinige Sache des Freistaats und des Bundes. In der Folge könnten einzelne Gemeinden klagen, wenn ihr Landkreis

Geld für ein Projekt verwendet, das außerhalb seiner Zuständigkeit liegt. Schließlich müssen sie diese Ausgaben letztlich über die Kreisumlage tragen. Ude entgegnet, dies ließe sich lösen, etwa indem einzelne Kommunen (und nicht die Kreise) zahlen. Oder der Freistaat seine Schatulle noch etwas weiter öffnet.

Entscheidend dürfte auch die Frage sein: Kann der Bund das Geld überhaupt zurückzahlen? Denn Ramsauers Topf für kommunale Schienenbauten, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), ist verlässlich nur bis 2019 gefüllt. Was danach geschieht, ist offen. Entsprechend vage bleibt das Ramsauer-Ministerium auf Anfrage: Die von Stadt und Freistaat vorgestreckten Mittel 'könnten nach 2019 abgelöst werden, sofern es eine Nachfolgeregelung für das GVFG-Bundesprogramm gibt'. Da steckt ziemlich viel Konjunktiv drin - zumal die Entscheidung über ein solches Programm erst der nächste, wenn nicht der übernächste Bundestag treffen dürfte. Für Ude ist die ganze Vorfinanzierungs-idee daher weiter ein Wagnis: 'Ein Mittelrückfluss durch den Bund ist nach den bisherigen Erkenntnissen unsicher beziehungsweise unwahrscheinlich', urteilten die städtischen Planer im Januar. Deshalb soll nun Gauweiler ran.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, den 25. April 2012, Seite 3